

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 18

Charlottenburg, Freitag, den 4. Mai 1917

Jahrg. 44

## Die Gewerkschaftsleitungen zur Streifbewegung der Rüstungsarbeiter.

Bekanntlich kam es am 16. April in Berlin und einigen andern Städten zu einem Streik der Munitionsarbeiter wegen der Herabsetzung der Brotrationen. So wenig wir Neigung haben, einem Streik der Munitionsarbeiter, noch dazu im gegenwärtigen Moment, das Wort reden zu wollen, so wenig sind wir auch geneigt, den Arbeitern die alleinige Schuld für den Ausbruch des Streiks beizumessen. Die verantwortlichen Regierungsstellen, die auf dem Gebiete einer gerechten Nahrungsmittelverteilung nicht mehr wie alles unterlassen haben, die alle wohlgemeinten Ratschläge der Arbeitervertretungen, alle eindringlichen Warnungen in den Wind geschlagen haben, tragen ein vollgerütteltes Maß von Schuld an den bedauerlichen Vorkommnissen. Wenn die Regierungen mit der ganzen Strenge des Gesetzes, die jetzt gegen die Munitionsarbeiter angekündigt wird für den Fall einer Wiederholung des Streiks, gegen die Lebensmittelwucherer, gegen die Landwirte, die allen Verboten zuwider Ummengen von Brotgetreide ans Vieh verfütterten, vorgegangen wären, würden uns die unliebsamen Vorkommnisse wahrscheinlich erspart geblieben sein. Die bedauerlichste Erscheinung jedoch war, daß unverantwortliche und gewissenlose Personen den Streik der Munitionsarbeiter für ihre politischen Zwecke zu benutzen versuchten. Dem entgegen zu treten, haben auch die Gewerkschaften allen Anlaß. Eine Reihe von Gewerkschaftsleitungen, voran der Metallarbeiterverband, warnen demzufolge auch ihre Mitglieder, sich von dieser Sorte Arbeiterfreunden ins Garn locken zu lassen.

Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg hatte einen Brief an den Chef des Kriegsamts, General v. Gröner, gerichtet, in dem die Munitionsarbeiter aufgefordert wurden, ihre Pflicht gegen Volk und Vaterland in der gegenwärtigen kritischen Zeit in vollstem Maße zu erfüllen, nicht kleinmütig zu werden wegen der Beschwernisse, die der Krieg für uns alle im Besolge hat. General v. Gröner hat diesen Brief den Gewerkschaftsleitungen zur Kenntnis gebracht, die nunmehr auch eine Antwort darauf gegeben haben, die wir nachstehend veröffentlichen.

Berlin, den 26. April 1917.

Exzellenz

Wir danken Sie für die Uebermittlung des Schreibens des Herrn Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Mit den leitenden Gedanken der Darlegungen erklären wir uns völlig einverstanden. Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden; Erhaltung und Sicherheit des Reiches stehen an erster Stelle. Nach allen Kundgebungen der Gegner Deutschlands unterliegt es für politisch reife Menschen keinem Zweifel, daß nicht eine Verminderung, sondern nur eine Erhöhung der Widerstandskraft Deutschlands uns einen baldigen Frieden bringen kann. Wo diese politische Erkenntnis nicht vorhanden ist, sollte zum mindesten das Mitgefühl mit unseren an den Fronten ihr Leben einsetzenden Söhnen und Brüdern die Arbeitnehmerschaft von Handlungen fernhalten, die geeignet sind, die Kraft der Kämpfenden zu lähmen.

Seit Jahresfrist haben England und Frankreich, unterstützt von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ungeheure Massen von Geschützen und Munition an der französisch-belgischen Front aufgehäuft. Das ungeheuerlichste, was Menschenhirn sich auszumalen vermag, ist über unsere dort kämpfenden

Volksgenossen hereingebrochen. Nur ein herzloser, gewissenloser Mensch kann dazu raten, diesen die erforderlichen Verteidigungsmittel zu versagen.

Diese Auffassung beherrscht nach unserer innersten Ueberzeugung auch die Bevölkerungskreise, die durch unsere Organisationen vertreten werden. Unsererseits wird alles geschehen, sie nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken und zu erweitern.

Von unverantwortlichen Leuten ist, glücklicherweise mit ganz vereinzelter Erfolg, versucht worden, die Arbeitseinstellungen der Waffen- und Munitionsarbeiter politischen Zwecken dienstbar zu machen. Der Wunsch nach baldiger Beendigung des blutigen Völkerringens ist, ebenso wie in anderen kriegsführenden Ländern, auch im deutschen Volke groß, er ist menschlich erklärlich und verständlich. Das Bestreben, ein Mittel zu finden, die Beendigung des Krieges herbeizuführen, beherrscht auch die arbeitende Bevölkerung. Bedauerlich ist, daß einige, wenn auch unbedeutende Kreise, dieses Mittel in einer Verweigerung der Herstellung der zur Landesverteidigung erforderlichen Waffen erblicken.

Solche Ideen hätten jedoch die beklagten Arbeitseinstellungen in dem eingetretenen Umfange nicht herbeiführen können, wenn nicht bestimmte Voraussetzungen für die Mißstimmung in der arbeitenden Bevölkerung vorhanden wären. Die wesentlichste Ursache, die die Stimmung für die Arbeitsniederlegungen schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erblicken. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt und die Tatsache läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Rationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezahlt werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Kreisen konsumiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Maßnahmen zu restloser Erfassung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel schleunigst herbeizuführen, hat im wesentlichen den Anlaß zu den Arbeitseinstellungen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten und zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Rücksichtslosigkeit und dem dann zu erwartenden Erfolge durchgeführt werden. Damit würde der wesentlichste Grund zur Beunruhigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Des weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl aufkommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Unzureichende Entlohnung, die Weigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Aufwendungen zu bezahlen, unnötige Härten bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Versuche, die durch das Gesetz der Arbeitnehmerschaft zustehenden Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, eine große Mißstimmung und steten Konfliktstoff zu erzeugen. Leider haben viele Unternehmer, vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und zu scharfen Kämpfen führten und die auch jetzt unausgesetzte Reibungen hervor-

rufen. Hier eine Aenderung herbeizuführen, sollten sich Staats- und Heeresleitung nachdrücklichst angelegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserem Lande versündigen, die durch willkürliche Herabminderung der Lieferung von Verteidigungsmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der anderen Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heimarmee zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, den die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk auch diese schwersten Wochen des furchtbaren Weltkrieges bestehen.

Ev. Exzellenz bitten wir, dem Herrn Generalfeldmarschall v. Hindenburg von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

**Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**  
C. Legien.

**Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften.**  
F. Behrens.

**Verband der deutschen Gewerkvereine (G. V.).**  
Gustav Hartmann.

**Polnische Berufsvereinigung.**  
Rymer.

**Arbeitsgemeinschaft für die kaufmännischen Verbände.**  
Dr. Köhler.

**Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Angestelltenrecht.**  
S. Aufhäuser.

**Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.**  
Dr. Höfle.

## Friedensresolution der deutschen Sozialdemokratie.

Der Parteiausschuß und der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in gemeinsamer Sitzung mit den Vorständen der Fraktionen des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses, sowie der Landeskommision für Preußen am 19. April einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Wir bekräftigen den unverbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Krieg als ein freies Staatswesen hervorgehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beseitigung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde, sowie die Beseitigung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluß der Volksvertretung.

Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen verbreitete Zumutung, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freiheitlichen Staatseinrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Ueberzeugungen zu entwickeln.

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschluß des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller anderen Länder, die Machtträume eines ehrgeizigen Chauvinismus zu bekämpfen, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen.

Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand des künftigen Weltfriedens zu sichern zu helfen.“

An den Beratungen des Parteiausschusses, der diese Resolution einstimmig annahm, nahmen außer einleitend bereits genannten Körperschaften und Parteinstenzen für die österreichische Sozialdemokratie Dr. Viktor Adler, Seitz und Dr. Renner teil, die ungarländische Sozialdemokratie war vertreten durch ihre Vorstandsmitglieder Cramny und Beltner.

**Dresden.** Auf Ersuchen unserer Verwaltung gewährte die Firma Franz Grohmann in Ottendorf-Okrilla unseren dort beschäftigten Glasmalerkollegen und Kolleginnen eine Teuerungszulage von 10 Proz. Sie gelangte am 21. April das erste Mal zur Auszahlung. — Mit Genugtuung nehmen wir auch von der Mitteilung der Firma Kenntnis, daß neue Preisbildungen in Gemeinschaft mit unseren Kollegen vereinbart und den jetzigen Verhältnissen angepaßt werden.

**Leitlin.** Die Firma Heinrich Bänisch zahlt seit 1. April d. J. eine Teuerungszulage. Es erhalten männliche Arbeiter pro Woche 3 M., verheiratete Arbeiterinnen 2 M., unverheiratete Arbeiterinnen und Lehrlinge 1,25 M.

**Niedersalzbrunn.** Bei Schluß der Redaktion geht uns die Mitteilung zu, daß bei der Firma Hermann Ohme ernste Differenzen auszubrechen drohen. Wir warnen vor Zugung. Näheres in nächster Nummer unseres Blattes.

**Waldburg.** Nachdem die vorige Nummer unseres Blattes schon gedruckt war, erhielten wir von unserem Gauleiter die Nachricht, daß etwas eingetreten sei, was die Einreichung der Kündigungen bei der Firma Krister aufhielt. Unsere Notiz ging also in der Hinsicht zu weit, da sie meldete, daß bereits ein Teil des Betriebspersonals gekündigt hatte. Sowohl die Vertrauenspersonen, als auch einzelne Abteilungen hatten zwar die Einbringung der Kündigung schon fest beschlossen, da sich die Direktion besonders bei den letzten Verhandlungen derartig rücksichtslos abweisend verhielt, daß eben kein anderer Weg für die Arbeiterschaft übrig blieb.

Durch unsere Eingaben wurde nun die Firma veranlaßt, die Arbeiterauswahl nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes auszuschreiben. Dies veranlaßte unseren Gauleiter, der Krister'schen Arbeiterschaft dringend zu empfehlen, vorläufig von der Kündigung abzusehen. Es gelang ihm, die in der Versammlung anwesenden Mitglieder bezw. ihre Vertreter von der Notwendigkeit zu überzeugen. Wenn unsere Mitglieder jetzt, wo die Arbeiterauswahl ausgeschrieben ist, den Betrieb event. verlassen, können sie nicht an der Wahl teilnehmen, ja, wir könnten nicht einmal eine Vorschlagsliste einbringen, da unsere Kollegen und Kolleginnen dann natürlich auch nicht wählbar sind.

Wir werden deshalb gerade jetzt den Betrieb nicht verlassen, sondern eine Vorschlagsliste einbringen und dieser — im Falle eine Gegenliste kommt — zum Siege verhelfen. Sowie der Arbeiterauschuß seine Ernennung erhalten hat, wird er von der Direktion nochmals das Beste verlangen, was schon vorher unsere Kommissionen verlangt haben. Sollte der Herr Direktor Tischendorf auch dem Arbeiterauschuß gegenüber ebenso hartnäckig in seiner ablehnenden Haltung verharren, so wird der Arbeiterauschuß den gesetzlichen Weg gehen und die Differenz beim Schlichtungsausschuß Bezirkskommando Waldburg anmelden. Daß in diesem Falle das ganze Material dem Schlichtungsausschuß unterbreitet werden kann, dafür wird schon jetzt Sorge getragen, selbst eine Lohnstatistik ist schon aufgenommen. Tritt der fast unmögliche Fall ein, daß sich die Direktion auch dem Urteil des Schlichtungsausschusses nicht fügt, so müssen die im Hilfsdienstpflichtigen Alter stehenden Arbeiter ohne weiteres insgesamt den Abtreibschein erhalten, und auch die Arbeiterinnen können den beschlossenen Schritt der Kündigung dann immer noch gehen. Bis dahin wollen wir abwarten, die Zeit aber nicht ungenützt verstreichen lassen, sondern in derselben die Organisation weiter ausbauen.

Dieser Vorschlag unseres Gauleiters wurde unter der Bedingung akzeptiert, daß die Bewegung durch diese Verzögerung nicht etwa einschläft, sondern das Vorgeschlagene mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird.

**Weiden.** In der Porzellanfabrik Gebr. Bauscher erhalten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Dreherei, Sieberei und Formengießerei seit Mitte März d. J. eine Teuerungszulage in Höhe von 10 Prozent des Verdienstes. Die im Tagelohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der andern Betriebsabteilungen erhalten schon seit Frühjahr v. J. eine Zulage von pro Monat 6 M. und außerdem für jedes Kind 1,50 M.

In der Porzellanfabrik Ch. Seltsmann erhalten die verheirateten gelernten Arbeiter eine Teuerungszulage von pro Monat 10 M., unverheiratete gelernte Arbeiter 6 M., weibliche Arbeiter 4 M. und Lehrlinge 2 M.

**Die Porzellanindustrie Oberfrankens und das Hilfsdienstgesetz.** Bekanntlich gibt das Hilfsdienstgesetz den zuständigen Militärbehörden das Recht und die Möglichkeit,

Betriebe, die nicht für Kriegsbedarf arbeiten, ganz zu schließen oder mehrere Betriebe zusammen zu legen, um die dadurch freigewordene Arbeiterschaft anderweitig beschäftigen zu können. Daß die Porzellanindustrie, so weit sie nicht ebenfalls für Zwecke des Heeresbedarfs arbeitet, eine ausgesprochene Friedensindustrie ist, dürfte nicht streitig sein. Demnach besteht die Möglichkeit, daß Porzellanfabriken je nach Bedarf geschlossen und für Zwecke des Heeresbedarfs in Benutzung genommen werden könnten. Die Unternehmer in der Porzellanindustrie Oberfrankens, die begreiflicher Weise kein Verlangen danach haben, in der Ausnützung der gegenwärtigen günstigen Konjunktur gestört zu werden, haben durch die Handelskammer für Oberfranken in Bayreuth dem Kriegsamt des Königl. Bayer. Kriegsministeriums eine Eingabe unterbreiten lassen, um dadurch die Gefahr einer ev. Zusammenlegung oder Schließung ihrer Betriebe abzuwenden. In dieser Eingabe wird dem Kriegsamt zunächst begreiflich gemacht, daß der wirtschaftliche Schaden der durch eine Zusammenlegung oder Schließung von Betrieben (für die Unternehmer, d. R.) entstehen müßte, in gar keinem Verhältnis stände zu den Vorteilen, die durch das Freiwerden von Arbeitskräften für die Kriegsindustrie zu erwarten wären. Daß diese Behauptung einer gewissen Berechtigung nicht entbehrt, wurde uns klar, als wir den Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft Ph. Rosenthal & Co. in Selb für das Jahr 1916 lasen. In diesem wird gesagt, daß der Aktionärversammlung die Verteilung einer Dividende in Höhe von 10 Proz. vorgeschlagen werden soll. Außerdem wurde der Betrag von rund 135 000 M., der im Vorjahre den Reservefonds entnommen werden mußte, diesen wieder zugeführt. (Daß die Porzellanarbeiter ebenfalls in der glücklichen Lage wären, bei der gegenwärtigen günstigen Konjunktur die Scharten aus der Anfangszeit des Krieges schon wieder auswehen zu können, ist uns nicht bekannt geworden.) Dann wird des weiteren in der Eingabe gesagt, daß auch die Porzellanindustrie in gewissem Sinne als im vaterländischen Hilfsdienst stehend angesehen werden könne. Zur Begründung für diesen Einwand wird gesagt, daß einige Porzellanfabriken Oberfrankens die Fabrikation von Geschloßkörben oder Holzartikeln eingerichtet haben oder zur Lieferung verschiedener Gegenstände übergegangen sind, die für den Heeresbedarf benötigt werden. Ferner wird darauf verwiesen, daß die Porzellanfabriken in erheblichem Maße am Exporthandel beteiligt sind. Trotz aller Schwierigkeiten, die der Krieg für das Exportgeschäft mit sich brachte, ist es der oberfränkischen Porzellanindustrie doch gelungen, die Ausfuhr, die bei manchen Betrieben bis zu 75 Proz. der Produktion betrug, aufrecht zu erhalten. Bei dem ungünstigen Stande unserer Valuta liege die Förderung des Ausfuhrhandels im vaterländischen Interesse. Daß die Porzellanfabrikanten bestrebt sind, die noch in ihren Betrieben beschäftigten hilfsdienstpflichtigen Kräfte nach Möglichkeit durch Frauen oder auch durch Kriegsgefangene zu ersetzen, sei ebenfalls eine vaterländische Tat. Anfügen wollen wir noch, daß wir aus unserer Erfahrung heraus bestätigen können, daß, soweit die Ersetzung der männlichen Arbeitskräfte durch Frauen und Mädchen in Frage kommt, schon lange vor dem Kriege der vaterländische Sinn unserer Unternehmer sich in erheblichem Umfange bemerkbar machte.

## Vermischtes.

„Nichtorganisierte billige Arbeitskräfte“. In der Nr. 77 der „Süddeutschen Tabakzeitung“ von 1916 inserierte jemand: „Verkaufe größere, der Neuzeit entsprechende vollbesetzte Zigarrenfabrik. Guter Stamm, weibliche nicht organisierte billige Arbeitskräfte.“

Billig, weil nicht organisiert. Die Nutzenanwendung: Arbeiter, organisiert Euch!

Immer noch Brachland? Aus Bayern wird gemeldet, daß in den dortigen Ostalpen, insbesondere im Berchtesgadener Land guter Amboden brach liegt, auf dem mindestens 50 000 Stück Vieh gehalten werden könnten, wenn nicht der steigende Ankauf der Wälder zu Jagdzwecken den Ambetrieb immer mehr unmöglich mache. — Die ganze Herrschaft Fürstentum bei Waldenburg (Schles.), aus früheren erstklassigen Bauerngütern bestehend, die nach und nach von dem Fürstl. Preussischen Fideikommiß aufgesaugt wurden, bildet jetzt eine einzige Parkanlage nach englischem Muster und Pferdeweiden von mindestens 2000 Morgen. Da dieser Zustand bereits seit Jahren besteht, wird man fragen dürfen, ob die Bekannt-

machung des Bundesrats vom 31. März 1915, betr. die Sicherung der Ackerbestellung, hier nicht angewendet werden kann, oder ob unsere Anbauverhältnisse noch so glänzend sind, daß auf derartige, zu lohnender Erzeugung geeignete Gebiete, die sich ja auch anderswo finden, verzichtet werden darf.

**Porzellanfabrikation auf Ceylon.** Die „Times of Ceylon“ erfährt, daß wichtige Fortschritte hinsichtlich neuer Industrien in Ceylon in nächster Zeit bevorstehen. Dazu gehört auch die Begründung der Porzellanindustrie. Das Mineralogical Departement habe bedeutende Ablagerungen von Monazit aufgefunden, ein Artikel, nach dem gegenwärtig große Nachfrage herrscht. Man habe in zwei Distrikten der Südpfvinzen und in Kudaramallie im nördlichen Ceylon bereits mit der Herstellung von Porzellan begonnen.

(Porz.- u. Glashdlg.)

## Versammlungsberichte.

**Altwasser.** Aus dem Betrieb der Porzellanfabrik C. Zielsch & Co. Mit der Lage der Arbeiterschaft der Zielsch'schen Porzellanfabrik beschäftigte sich am 23. April eine öffentliche Betriebsversammlung in Altwasser. Sie war von der Gauleitung des Porzellanarbeiterverbandes einberufen worden. Veranlassung dazu gaben die Klagen und Beschwerden, die von organisierten und unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen an den Gauleiter gerichtet wurden. Aus diesen Zuschriften und Mitteilungen geht hervor, daß die Notlage unter der Zielsch'schen Arbeiterschaft eine besonders große geworden und auch daß die allgemeine Unzufriedenheit ständig im Steigen begriffen ist. Die Gauleitung konnte nicht mehr länger zögern, sie wurde gedrängt, Versammlungen einzuberufen, um eine Aussprache vor der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Die Versammlung, die im Saale des Gasthofes „Deutscher Kaiser“ tagte, war nicht stark besucht, aber der Besuch war befriedigend. Anscheinend hatten sich doch recht viele von einem Anschlag abhalten lassen, der von der Direktion in den einzelnen Abteilungen nach der erfolgten Einladung zur Versammlung angebracht worden war. Die Tagesordnung: 1. Die Arbeitsverhältnisse und Teuerungszulagen bei der Firma Zielsch, 2. wo bleibt der Arbeiterausschuß nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes? wurde vom Gauleiter Hirsch durch ein Referat eingeleitet. Er übte zuerst Kritik an dem Anschlag der Firma, der ungefähr folgenden Inhalt hatte: Der sozialdemokratische Berliner Verband wolle wieder Uneinigkeit oder Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft stiften. Auch die Feldgrauen draußen wünschten nicht, daß solche unter der Arbeiterschaft gesät würde, denn dadurch würde der Krieg verlängert. — Der Arbeiterausschuß sei nur vertagt worden. Wenn jemand Beschwerden habe, so würden sie geprüft und kann auf Antrag eine Sitzung des Ausschusses einberufen werden. Dann wird noch an den gesunden Sinn der Arbeiterschaft appelliert, sich dementsprechend zu verhalten, also — die Versammlung nicht zu besuchen. Trotzdem waren circa 80 Personen erschienen. Der Referent betonte, daß der Porzellanarbeiterverband nicht beabsichtigte, Uneinigkeit oder Unzufriedenheit zu säen. Dafür Sorge die Firma bzw. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei dieser zur Genüge. Die Organisation hingegen wolle das gerade Gegenteil: 1. Einigkeit unter die Arbeiterschaft bringen und 2. die Unzufriedenheit beseitigen durch Besserung der Verhältnisse. Den Feldgrauen würde es wohl noch weit weniger recht sein, daß ihre Angehörigen so schlecht entlohnt würden, daß es ihnen nicht einmal auf die notwendigsten Lebensmittel, auf die man laut Marken Anspruch hat, auslangt. Und recht wenig angenehm wird es den Feldgrauen, wenn sie aus dem Felde zurückkehren und zu derartigen Löhnen wieder arbeiten sollen. Weiter führte der Referent aus, daß von einem Vertagen des Arbeiterausschusses keine Rede sein könne. Bei der Firma besteht überhaupt kein Arbeiterausschuß mehr. Seit dem Jahre 1912 habe auch nicht eine einzige Sitzung getagt. Außerdem sind nach dem Statut die Ausschußmitglieder nur auf zwei Jahre gewählt und eine Neuwahl hat seit jener Zeit nicht stattgefunden. Von den damals gewählten 15 Vertretern dürften kaum die Hälfte überhaupt noch im Betriebe sein, kein Mensch weiß, wer sie sind. Selbst maßgebende Beamte kennen den Ausschuß nicht. Herr Wildau erkundigte sich z. B. bei einem Maler, wer die damals gewählten Ausschußmitglieder waren und wo die Sitzungen stattfanden. Der Referent gab bekannt, daß er eine Beschwerde beim Schlichtungsausschuß Bezirkskommando Waldenburg über die Firma Zielsch, Krister und Brause eingebracht habe, weil diese die Arbeiterausschüsse wählen nach dem Hilfsdienstgesetz immer noch nicht vorgenommen hätten. Einer der drei anwesenden Beamten der Firma erklärte, daß die Firma die Arbeiterausschüssewahlen in allernächster Zeit vornehmen lassen werde. Dazu sei sie jedoch nicht durch die heutige Versammlung veranlaßt worden, sondern von anderer Seite! Also wohl durch den Herrn Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses. Auf die Arbeitsverhältnisse und Teuerungszulagen übergehend, meinte der Referent, daß er den Anwesenden die Verhältnisse, die bei der Firma herrschen, nicht schildern brauche und wolle, da sie diese ja selbst am besten kennen, sondern nur aus den ihm zugegangenen Beschwerden einige Stichproben hier vorbringe, um festzustellen, ob alles auf Wahrheit beruhe. Teuerungszulagen bekommen nur Akkordarbeiter und solche Beschäftigte, die im Tagelohn nicht über 1,90 M. haben! Dies wurde von Herrn Wildau als falsche Berichterstattung bezeichnet. Von einem anderen Beamten aber zugegeben, daß die Mädchen in Packerei und Lager nichts erhalten. Seitens vieler Arbeiterinnen wurde zu der Sache gesprochen. Es kam heraus, daß verschiedene nach Gewährung der Teuerungszulage weniger Lohn erhielten als vorher. Man hat einfach die Tagelöhne gekürzt und dafür eine Teuerungszulage gewährt. Einige Beispiele: Eine Arbeiterin erklärte, früher 1,60 M. Tagelohn erhalten zu haben. Diesen hat man um 10 Pf gekürzt, und dafür erhält sie 50 Pfg. „Teuerungszulage“ pro Woche

Eine andere betonte ausdrücklich, nach der Teuerungszulage 10 Pf., eine weitere gar 20 Pf. täglich weniger zu haben, als vorher. Die anwesenden Beamten erklärten, daß in solchen Fällen nur ein Irrtum vorliegen könne. Dieser ist aber trotz Beschwerden der Arbeiterinnen nicht beseitigt worden. Die Arbeiterinnen der Sortierstube, die in Ufford beschäftigt sind, beklagten sich, daß sie alle Tage 2 Stunden (von 9—11 Uhr) Kastenholen müßten, ohne dafür bezahlt zu erhalten. Ein Dreher dagegen gab bekannt, daß der Direktor den gelernten Arbeitern, die jetzt 10 Proz. Teuerungszulage erhalten, eine weitere 5prozentige Weihnachtzulage versprochen habe. Eine 5prozentige bekommen sie schon seit 1905. Sie wurde damals von den Verbandsmitgliedern errungen. — Es wurden Wochenverdienste genannt von 8 M., 6 M. und noch niedrigere und häufige zustimmende Kundgebungen bewiesen ihr Vorhandensein. Der Referent meinte, auf das traurige Kapitel der Verdienste der gelernten Maler nicht eingehen zu wollen, das Material, welches diese von der Firma kaufen müssen, sei alles teurer geworden, die Löhne sind gesunken, so daß mancher, wenn die 14tägige Lohnperiode um ist, überhaupt nichts verdient hat, sondern mit einem kleinen Vorschuß nach Hause gehen muß. Trotzdem die meisten in die gelbe Organisation eingetreten sind, wolle der Referent hier vor der Öffentlichkeit ihre Verhältnisse nicht eingehend schildern, um sie nicht zu beschämen. Da sie früher alle einmal Verbandsmitglieder waren, halte ihn ein bißchen von dem alten Freundschaftsgefühl davon ab. Weiter wurde der Gauleitung gegenüber geklagt, daß die Firma bei der in diesem Winter herrschenden Kälte in verschiedenen Abteilungen wenig oder garnicht heizen ließ. Sogar aussetzen mußten die Arbeiter deswegen, ohne natürlich ihre Zeit entschädigt zu erhalten. Die Beamten entschuldigten diesen Uebelstand mit dem Mangel an Heizern. Aus der Versammlung rief man ihnen zu: Die Heizer reißen eben immer gleich wieder aus, weil sie zu wenig verdienen. Dann erwähnte der Referent die unpünktliche Lohnzahlung. Statt daß die Arbeiterinnen um 4 Uhr den Betrieb verlassen haben, wird es meist 5 Uhr, ja bis 6 Uhr müsse gewartet werden, wurde aus der Versammlung betont. Ein Beamter entschuldigte diesen Mißstand mit dem Mangel an Beamten. Aus der Versammlung heraus wurde er berichtigt, daß es schon vor dem Kriege so war.

Ueber zu niedrige Löhne in fast allen Abteilungen wurde Klage geführt. Sogar Herr Wildau meinte, es würde zu weit führen, auf alle Klagen einzugehen. Er versprach aber, daß allen berechtigten Wünschen Rechnung getragen werde solle.

In seinem Schlußwort ging der Referent nochmals kurz auf alle Einwendungen und die in der Versammlung vorgebrachten Mißstände ein. Es ist eben der große Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und es entstehen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer meist Differenzen, was als berechnete Wünsche anzusehen ist. Was die Arbeiterschaft als dringende Notwendigkeit betrachtet, wird oft von den Unternehmern schon als unverschämte Forderung abgelehnt. Um ihre berechtigten Forderungen zur Anerkennung bringen zu können, muß sich die Arbeiterschaft von Tielisch in größerer Zahl dem Porzellanarbeiterverband anschließen. Einen alten guten Stamm Mitglieder hat der Verband schon immer im Betriebe gehabt, aber dieser ist in letzter Zeit zu schwach gewesen, um für alle Arbeiter einen Einfluß ausüben zu können. Besonders die Hilfsarbeiterschaft, die es am notwendigsten braucht, muß sich organisieren. Eine gründliche Reform sämtlicher Löhne ist dringend notwendig. Die Firma ist finanziell so gut fundiert, daß sie ohne weiteres bezüglich der Löhne an der Spitze aller Betriebe im Kreise stehen könnte. Sie sollte auch in der Frage der Teuerungszulagen mit gutem Beispiel vorangehen. Bei der Erhöhung der Verkaufspreise um 110 Prozent könnte sie mit Leichtigkeit Zulagen von mindestens 3—4 Mark pro Woche gewähren.

Über auch die Behörden sollten, statt unseren Bestrebungen mißtrauisch gegenüberzustehen, diese unterstützen. Bei solchen Verdiensten, wie sie die Porzellanarbeiter gegenwärtig erhalten, muß die Gesundheit der Arbeiterschaft ungeheuren Schaden leiden durch Unterernährung. Und da die Beschäftigung in der Porzellanindustrie so wie so äußerst gesundheitschädlich ist — die meisten Porzellanarbeiter sterben an Lungentuberkulose — ist hier eine Gefahr für die Volksgesundheit vorhanden, für die die Behörden alle Ursache hätten, sich zu interessieren.

Fast alle Anwesenden, soweit sie nicht schon organisiert waren, meldeten ihren Beitritt zum Verbands. Und das, trotzdem die Beamten daßanden und zusahen. Das ist ein Zeichen der Zeit. Unsere alten Porzellaner haben sich vor dem Kriege fast gefürchtet, eine Versammlung zu besuchen, wenn Beamte anwesend waren, ganz abgesehen davon, daß sie sich eine öffentliche Kritik erlaubt hätten. Die junge jetzige Porzellanarbeiterschaft geht anders vor! Sie hat nichts mehr zu verlieren! Die Zeit hat gewaltige Aenderungen herbeigebacht. Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen von Tielisch weiter auf dem Wege der Selbsthilfe fortschreiten, trenn und fest zur Organisation stehen und immer mehr Anhänger für diese werben, so werden sich auch ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse recht bald zu ihrem besten ändern, dafür wird der Verband dann schon Sorge tragen.

## Verjammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Verjammlungen erwünscht.

**Kronach.** Samstag, den 5. Mai, abends 5 Uhr, Zahlstellen-Versammlung im „Wäcker Hof“. Die Mitglieder wollen recht zahlreich und pünktlich erscheinen.

**Magdeburg.** Sonnabend, den 5. Mai bei Harnack, Schmidtstr. 58.

**Tiefenfurt.** Sonntag, den 5. Mai, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in der Brauerei (lange Stube).

## Adressen-Aenderungen.

**Schirnding.** Schriftführer: Heinrich Berner, Fabrikplatz 74.

## Sterbetafel.

**Charlottenburg.** Albert Benz, Dreher, geboren am 23. Juni 1844 zu Berlin, gestorben am 27. April 1917 an Lungenentzündung. Letzte Krankheitsdauer 10 Wochen. Mitglied seit 1891. Ehre seinem Andenten!

## Anzeigen.

### Ullwasser, Waldenburg, Nieder-Salzbrunn.

Da von den vielen neuen Mitgliedern die wenigsten die genaue Adresse des Gauleiters kennen, geben wir sie hiermit nochmals bekannt.

**Martin Hirsch, Bad Salzbrunn, Untere Bahnhofstr. 4.**  
Telephonanschluß Nr. 649.

Alle Wünsche und Beschwerden zc. sind an diese Adresse zu richten.  
**Die Gauleitung.**

### Kronach.

Zu dem am Sonntag, 6. Mai stattfindenden Mai-Ausflug nach **Weißbrunn** wird zahlreiche Beteiligung erwartet. Abmarsch nachmittags 2 Uhr.

**Die Zahlstellen-Verwaltung.**

## Arbeitsmarkt.

### 1 erfahrener Oberstanzer,

welcher Arbeiterinnen anzulernen hat, sowie ein erfahrener, selbständig arbeitender

### Porzellanofenbrenner

werden zum sofortigen Antritt von einer mitteldeutschen keramischen Fabrik mit 2 Brennösen gesucht. Gest. Offerten unter Angabe des Alters, der bisherigen Beschäftigung, und der Lohnansprüche an Hugo Wilsch, Chemnitz, Langestr. 36, erbeten.

### Tüchtigen Porzellanschleifer,

### Tüchtigen Hohlgeschirrdreher (Maschinenscheibe)

stellt sofort ein

**Porzellan-Manufaktur Burgau a. d. Saale.**  
Ferdinand Selle, Burgau, Station Göschwitz (G.W.).

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:

**1 tüchtigen Brenner** für Ofensystem Baumann,

**3—4 Maler** für Rand, Staffage und Stempel,

**1 Pader** und

**1 Schmelzer.**

**Porzellanfabrik Sorau, G. m. b. H.,**  
Sorau N.-L.

### Einige Porzellandreher

für Hohlgeschirre in dauernde Beschäftigung gesucht.  
**Meißner Ofen- und Porzellanfabrik, vorm. C. Teichert,**  
Meißen i. Sa.

## Geschäfts-Anzeigen.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen,** überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung  
**Oskar Rottmann, Stadtilm.**

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen**

kauft **M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8 II.**

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

**Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel u. s. w.**  
kauft zu höchsten Preisen

**Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.**  
Schnelle, reelle Bedienung.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4  
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22